

**Rezension von Henrike Viehrig „Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006“, Wiesbaden: VS Verlag. 2010**

**Prof. Dr. Sebastian Harnisch  
Universität Heidelberg**

Die vergleichende Erforschung der Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten und anderen Akteuren ist seit ihren Ursprüngen in den 1950er Jahren in drei großen Phasen erfolgt: der Gründungsphase mit den maßgeblichen Studien von Richard Snyder et al., James Rosenau und M. u. H. Sprout, der Konsolidierungsphase mit großen quantitativen und qualitativen Forschungsprojekten sowie der Ausdifferenzierungsphase seit 1989, die eine Wiederannäherung der Außenpolitikanalyse an die Internationalen Beziehungen einerseits und die vergleichende Systemlehre mit sich brachte. Große Teile der europäischen Außenpolitikforschung sind letzterem Trend gefolgt und haben u.a. im Kontext des Theorems vom demokratischen Frieden, der Zivilisierung der internationalen Beziehungen oder der Theorie öffentlicher Güter vergleichende Analysen der außen- und sicherheitspolitischen Kulturen, Identitäten und Rollen europäische Staaten vorgelegt. Große Teile der US-basierten Forschung haben diesen Trend nicht mit vollzogen. Sie zielen vielmehr darauf, durch die Analyse einzelner Faktoren mit Hilfe von „Theorien mittlerer Reichweite“ für bestimmte Politikmuster (politics), z. B. Koalitionsregierungen, oder Politikinstrumente (policies) verallgemeinerbare Aussagen zu bilden.

Henrike Viehrig steht mit ihrer Dissertation über „Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006“ in letzterer Traditionslinie. In ihrer in Köln vorgelegten Dissertationsschrift geht sie konkret zwei Fragen nach: Inwiefern gehen Interventionsentscheidungen in den Untersuchungsstaaten auf internationale oder innerstaatliche Faktoren zurück? Und welche Erklärungskraft haben dabei jeweils einsatzspezifische oder länderspezifische Faktoren? Das empirische Sample umfasst sechs Staaten (Österreich, Spanien, Frankreich, Deutschland, Polen und Großbritannien) und vierzehn (Erst-) Einsatzentscheidungen, u.a. die Einsätze in Afghanistan (ISAF, OEF) und Irak (Operation Iraqi Freedom). Als allgemeine Erklärungsfaktoren führt H. Viehrig die Wehrform, parlamentarische Kontrolle und formale Bündniszugehörigkeit ein; als situative Faktoren firmieren Beziehungen zur Bündnismacht und historische Bindungen zum Zielstaat sowie die öffentliche Meinung. In Kapitel fünf wird zudem versucht, durch das Konzept der strategischen Kultur einen dritten „Erklärungskomplex“ einzuführen, welcher das variante Einsatzverhalten „erklären“ kann.

Die Ergebnisse der empirischen Analyse sind durchweg interessant und plausibel und auch im Detail sehr gut fundiert. Dies betrifft vor allem den Abschnitt zur Salienz außenpolitischer Themen, aber auch die Darstellung der historischen Bindung und der Beziehungen zur Führungsmacht. Die analytischen Ergebnisse sind ebenso nachvollziehbar, wenn auch wenig überraschend. Denn nimmt die Anzahl zwischenstaatlicher konventioneller Kriege mit europäischer Beteiligung ab, die Anzahl der Interventionen in „humanitären Notlagen“ oder in „fragilen Staaten“ außerhalb des Kontinents aber zu, dann ist es wahrscheinlich, dass europäische Staaten im Rahmen von Bündnissen oder internationalen Organisationen intervenieren. Vertreter des Ansatzes der „Sicherheitsgemeinschaften“, der hegemonialen Stabilität oder der Rollentheorie wird auch nicht überraschen, dass die „Beziehung“ zur (Einsatz) Führungsmacht einen wichtigen Effekt auf die jeweilige Einsatzentscheidung hat. Die Aufrechterhaltung von Vertrauen, Bündnissolidarität oder Rollenerwartungen, mithin die Stabilität bzw. Varianz sozialer Beziehungen, ist für diese Forscher der Ausgangspunkt für die „Erklärung“ oder das „Verständnis“ des allianzpolitischen Handelns.

Im Kern dürfte deshalb in der Forschungsliteratur für viele der Ergebnisse dieser Studie Konsens bestehen. Deren analytische und theoretische Einordnung wirft dann aber deutlich mehr Fragen auf als das schmale Schlusskapitel zu beantworten vermag. So hat die internationale vergleichende sicherheitspolitische Forschung (längst) gezeigt, dass nicht alle demokratischen Exekutiven oder Gesellschaften gleichermaßen interventionsfreudig sind oder zur militärischen Projektion ihrer liberalen Werte neigen (Christopher Meyer, Emil Kirchner/ James Sperling). Dementsprechend kann nicht erwartet werden, dass parlamentarische Kontrolle gleichermaßen „hemmend“ wirkt, wenn Exekutiven nicht gleich stark auf Interventionen drängen. Gleichermaßen ist eine niedrige außenpolitische Salienz, nicht gleichzusetzen mit einem Freibrief für exekutiv-gestützte Interventionen, denn in repräsentativen Demokratien üben die Parlamente und nicht die Medien oder die Gesellschaften die primäre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive aus (vgl. S. 179). Ein Bürger muss sich regelmäßig auf den Sachverstand des Parlamentariers bei der Kontrolle exekutiver Einsatzentscheidungen verlassen können. Nur wenn gesellschaftlicher Diskurs, parlamentarische Debatte und Kontrolle sowie exekutives Handeln dauerhaft auseinanderfallen, muss der Bürger handeln und seinen Wahlentscheid – wie die mid-term elections 2006 in den USA zeigen – auch stark außenpolitisch begründen.

Trotz der profunden empirischen Analyse ist es der Autorin daher nur sehr eingeschränkt gelungen, durch die Untersuchung einzelner Faktoren zu einer „Theorie mittlerer Reichweite“

zu gelangen. Das Kapitel zur strategischen Kultur, welches sechs Staaten auf ganzen 14 Seiten abzubilden versucht (!), kann diese wichtige analytische Integrationsleistung nicht übernehmen. Es fällt empirisch, methodisch und theoretisch vielmehr hinter den guten Forschungsstand der anderen Kapitel und den Kenntnisstand der wiederbelebten vergleichenden strategischen Kulturforschung zurück.

Problematisch aus demokratiethoretischer und politikpraktischer Sicht ist jedoch eine andere, implizite Grundannahme der gesamten Studie: Dass eine „Intervention zum Wohle der Menschen“ keine langwierigen Post-Konfliktmissionen nach sich ziehen wird, weil die Identifikation zwischen dem Intervenierenden und der „Interventionsgesellschaft“ für eine Unterstützung der Intervention im Zielstaat sorgen wird. So erfasst keine der Untersuchungskategorien der Studie von H. Viehrig explizit die Chancen auf Durchsetzung der Interventionsziele – Ende von Menschenrechtsverbrechen, Stabilisierung, Demokratisierung – als Einflussfaktor auf die Entscheideentscheidung. Angesichts der offensichtlichen lokalen Widerstände gegen demokratische Interventionen und Post-Konfliktmissionen auf dem Balkan, im Irak und Afghanistan hätte diese ansonsten überzeugende Analyse auch danach fragen sollen, ob sich Demokratien bei ihrer Interventionsentscheidung darin unterscheiden, wie „rational“ sie die Chancen auf Konfliktbeilegung durch Interventionen überhaupt diskutieren und bemessen.

Betrachtet man die regelmäßig hohe Anzahl an „demokratischen Intervenierenden“, die vergleichsweise kleinen (europäischen) Truppenkontingente und die damit einhergehende Diffusion von unmittelbarer politischer Verantwortlichkeit, dann lässt sich vielleicht besser verstehen, wie es zu einer „Diskontierung interventionspolitischer Risiken in europäischen Demokratien“ kommt, die mit der von Viehrig festgestellten schwachen sicherheitspolitischen Salienz einhergeht. Eine solche Perspektive reicht natürlich über den Untersuchungsrahmen hinaus, doch sollte es schon stutzig machen, warum es für militärische Einsatzentscheidung grundsätzlich wichtiger sein soll, wer sie anführt, als welche Effekte die Intervention im Zielland haben dürfte.